

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Die Lücken der Reform: Sozialhilfe Neu und Kindergrundsicherung

09. Dezember 2025

Die Regierung arbeitet an einer umfassenden Neuregelung der Sozialhilfe, die bundesweit einheitliche Standards schaffen und das bislang zersplitterte System zusammenführen soll. Politisch wird die Reform als bedeutender Schritt zu mehr Transparenz und wirksamer Armutsbekämpfung präsentiert. Doch bleibt offen, ob sie die realen Bedürfnisse armutsbetroffener Haushalte wirklich abdeckt. Leistungsobergrenzen, komplexe Anrechnungsregeln und deutliche regionale Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten werden im Reformrahmen nur teilweise berücksichtigt. Das birgt das Risiko, dass besonders belastete Familien weiterhin zu wenig profitieren.

Auch die diskutierte Kindergrundsicherung wirft Fragen auf: Im aktuellen Budgetrahmen könnte sie mehr symbolische Wirkung als echte Entlastung entfalten. Ohne klare Mindeststandards und eine stärkere Berücksichtigung regionaler Bedarfe droht die Reform, bestehende Ungleichheiten eher zu zementieren als abzubauen.

Dies nimmt *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* zum Anlass, die sozialen, rechtlichen und ökonomischen Folgen der geplanten Neuregelung zu beleuchten. Wirtschaftsexpert:innen Karin Heitzmann und Christoph Badelt prüfen, welche Lücken die Reform tatsächlich schließen kann und wo neue entstehen. Sie zeigen auf, was es braucht, damit Sozialhilfe und Kindergrundsicherung auch in Zeiten multipler Krisen wirklich armutsfest wirken und soziale Ungleichheiten nachhaltig reduziert werden.

Inputs:

[Christoph Badelt](#) (WU Wien): „Armutsbekämpfung und finanzpolitische Zwänge“

[Karin Heitzmann](#) (WU Wien): „Was ist wirksame Armutspolitik?“

Abstracts der Inputs

Christoph Badelt

Armutsbekämpfung und finanzpolitische Zwänge

These 1: Die aktuelle politische Diskussion zu Armutsfragen ist vor allem durch die Notwendigkeiten der Budgetkonsolidierung geprägt. Dabei werden Kürzungen in der Sozialhilfe propagiert, die verteilungspolitisch kontraproduktiv und finanzpolitisch nicht wirklich relevant sind. Die Sachdiskussion zur Armutsbekämpfung geht dabei verloren.

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Budgetsanierung ist unumstritten. Auch besteht kein Zweifel, dass zu diesem Zweck auch Einsparungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte notwendig sein werden. Allerdings sind bei der Festlegung von Kürzungen verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Dazu zählen insbesondere die verteilungspolitische Wirkung (wer wird von den Kürzungen betroffen), aber auch die finanziellen Spielräume, die mit Kürzungen aktiviert werden können (Wo liegen die größten Ausgabenblöcke). Gemäß Statistik Austria betrugen die österreichischen Ausgaben für Soziale Sicherung im Jahr 2024 rund 112 Mrd. Euro, wozu noch die Ausgaben für das Gesundheitswesen von knapp 47 Mrd. Euro kommen. Gemeinsam entspricht dies rund 58% der Staatsausgaben. Die Ausgaben für Sozialhilfe lagen hingegen bei etwa 1,3 Mrd. Euro.

Es ist daher paradox im Dienste der Budgetkonsolidierung zunächst nach den Sozialhilfeausgaben zu greifen, umso mehr, als damit zweifellos die am meisten benachteiligte Bevölkerungsgruppe betroffen ist. Selbstverständlich sollen auch im Bereich der Sozialhilfe sachlich fundierte Diskussionen über die bestehenden Regelungen geführt werden, z.B. über die Gewichtung der Beträge, die für Kinder ausbezahlt werden. Dennoch erwecken die gegenwärtigen Maßnahmen eher den Eindruck von Populismus denn einer rationalen Sozial- und Finanzpolitik.

These 2: Eine korrekte Schätzung des Umfangs von Armut ist nur scheinbar ein statistisches Problem, in Wahrheit geht es um politische Werturteile

Die Verringerung oder Beseitigung von Armut ist ein **hehres politisches Ziel**, das von nahezu allen politischen Gruppen verfolgt wird und auch in den Regierungsprogrammen enthalten ist. Was genau unter Armut verstanden werden soll, wird dabei meist im Dunkeln gelassen.

Oft wird der in der EU übliche Begriff der „**Armutgefährdung**“ verkürzt als „**Armut**“ dargestellt. Demnach gelten Haushalte als „armutsgefährdet“, deren (gewichtetes) Pro-Kopf-Einkommen geringer ist als 60% des mittleren Einkommens aller Haushalte Österreichs. Dies entspricht z.B. für einen Einpersonenhaushalt (EU-SILC 2024) 1.661,- Euro pro Monat. Der Wert ist damit deutlich höher als z.B. der Ausgleichszulagenrichtsatz

(2025: 1.273,99 Euro) oder die Sozialhilferichtsätze. Damit sind nicht nur alle österreichischen Mindestpensionist:innen, sondern z.B. auch alle „durchschnittlichen“ Alterspensionist:innen der Arbeiter:innen, ja überhaupt alle „durchschnittlichen“ weiblichen Alterspensionistinnen, etc. armutsgefährdet.

„Armutsgefährdung“ ist ein Maß der relativen Einkommensverteilung. Armut relativ zu messen, ist in einer Wohlstandsgesellschaft sinnvoll. Vor allem dann, wenn ohnehin (fast) jeder Mensch genug zum Leben hat, also seine Mindestbedürfnisse decken kann. Dies ist aber nach den großen Krisen der letzten Jahre (COVID, Inflation) nicht mehr automatisch der Fall. Somit geht es um die Suche nach „**absoluten**“ **Armutmaßen**, die anzeigen, dass Mindestbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Dies drücken z.B. die Indikatoren der „**erheblichen materiellen und sozialen Deprivation**“ aus, die von der EU veröffentlicht werden. Aus diesen kann dann wirklich geschlossen werden, für wie viele Menschen es z.B. finanziell nicht möglich ist ihre Wohnung zu heizen oder jeden zweiten Tag Fleisch/Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Speise zu essen. Das sind immerhin zwischen **etwa 10 und 50% der Menschen**, die „armutsgefährdet“ sind – je nach betrachtetem Indikator.

Dazu kommt, dass in Zeiten der Inflation Armutmaße, die sich allein auf Einkommen beziehen, wenig Aussagekraft haben – denn dann geht es nicht um die Frage, wie viel jemand verdient, sondern wie viel sich jemand leisten kann.

Die Quintessenz ist daher, dass die Festlegung, wer arm ist und daher auch wie viele Menschen arm sind, eine rein politische Definition ist. **Verschiedene Indikatoren kommen zu völlig unterschiedlichen Bildern (siehe Tabelle)**. Völlige Objektivität ist hier unmöglich. Eine sachliche Diskussion darüber wäre wünschenswert. Eines ist aber klar: „armutsgefährdet“ ist ganz etwas anderes als „arm“.

Karin Heitzmann

Was ist wirksame Armutspolitik?

Armut: Ein gut erforschtes Phänomen

Armut zeigt sich in vielen Facetten, die im Rahmen der Armutberichterstattung – beispielsweise durch die Statistik Austria – seit vielen Jahren dokumentiert werden. Mithilfe einer Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren können umfassende Informationen über Armut und prekäre Lebenslagen sowie die betroffenen Personengruppen gewonnen werden. In der beigefügten Tabelle sind aktuelle Kennzahlen aufgeführt, die verschiedene Dimensionen prekärer Lebenslagen in der österreichischen Bevölkerung abbilden. Die umfangreichen Informationen über die unterschiedlichen Gesichter der Armut sind nicht nur für die Armutsforschung, sondern auch für die Armutspolitik von großer Bedeutung. Sie verdeutlichen, in welchen Bereichen besonders viele Menschen von prekären Lebenslagen betroffen sind.

Ziele der Armutspolitik

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Sozialpolitik sicherstellen sollte, dass für alle Menschen ein Mindestlebensstandard gewährleistet ist, wobei die Meinungen darüber, was dieser Mindeststandard umfasst, auseinandergehen. In wohlhabenden Ländern liegt zudem ein besonderes Augenmerk auf dem Abbau von Ungleichheiten, insbesondere am unteren Ende der Einkommensverteilung.

Armutsprävention: Leitprinzip moderner Armutspolitik

Die Erreichung dieser Ziele lässt sich durch zahlreiche Studien und vorhandene Evidenz fundiert ableiten. Die wirksamste Armutspolitik besteht darin, Armut zu verhindern. Doch wie kann dies erreicht werden? Die Ursachen für ein erhöhtes Armutsrisiko sind gut erforscht. In Österreich hängt das Armutsrisiko beispielsweise von der Herkunft einer Person, ihrer Erwerbsbeteiligung, ihrem Gesundheitszustand, ihrem Bildungsstatus sowie dem spezifischen Haushaltstyp, in dem sie lebt, ab. Diese individuellen Merkmale treten häufig gemeinsam auf und führen so zu strukturellen Benachteiligungen.

Die Sozialpolitik bietet bereits heute ein breites Spektrum an Geld-, Sach- und Dienstleistungen (z. B. in den Bereichen Familie, Bildung, Gesundheit oder Arbeitsmarkt) an, die Menschen absichern. Die Bedeutung eines Sozialstaates, der durch sein „Standardprogramm“ dafür sorgt, dass möglichst wenige Menschen am oder unter dem Mindestlebensstandard leben müssen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Als besonders wirksam in der Verhinderung von Armut erweisen sich zudem sozialinvestive Maßnahmen, die in die Bildung, Ausbildung oder Gesundheit von Menschen investieren. Sie tragen auch langfristig dazu bei, dass gut ausgebildete, qualifizierte und gesunde Menschen nur in Ausnahmefällen von Armut betroffen sind. Im Rahmen der geplanten Kindergrundsicherung werden sozialinvestive Maßnahmen wohl eine besondere Rolle spielen – nicht zuletzt auch aus ökonomischer Notwendigkeit, um angesichts demografischer Entwicklungen und der hohen Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften ein entsprechendes "Humankapital" zur Verfügung zu haben.

Armutsbekämpfung: Bedarfsorientierte Maßnahmen für nachhaltige Lösungen

Bei allem sozialpolitischen Bemühen wird man Armut nicht vollständig verhindern können. Werden Mindestlebensstandards nicht erreicht, erweisen sich bedarfsorientierte Maßnahmen der Sozialpolitik als wirksam. Für eine Reform der Sozialhilfe bedeutet dies, dass Mindestsicherungselemente eingeführt werden müssen, die ein Mindestmaß an Sicherheit für alle gewährleisten. Dies gelingt nicht nur durch eine monetäre Mindestleistung, sondern auch durch die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur, die Menschen in Armut dabei unterstützt, die Sozialhilfe möglichst dauerhaft hinter sich zu lassen. Dazu zählen beispielsweise medizinische Dienste, Bildung, Qualifizierung oder Hilfe in den Bereichen Wohnen, Energie und Mobilität.

Verschiedene Armutssindikatoren (Anzahl & Quoten) in Österreich, EU-SILC 2024

Indikatoren	Anzahl (in 1,000)	in % der Gesamtbevölkerung	in % der Armutsgefährdeten
In armutsgefährdetem Haushalt	1,288	14	100
In Haushalt mit erheblicher materieller und sozialer Deprivation	336	4	16
In Haushalt mit Zahlungsrückständen	680	8	21
Finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben in Höhe von € 1.390 zu tätigen	1,887	21	50
Finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren	1,704	19	43
Finanziell nicht möglich, abgenützte Möbel zu ersetzen	892	10	29
Finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen	386	4	13
Finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten	358	4	11
Wohnkostenbelastung (subj.): starke Belastung	2,776	31	51
Wohnkostenbelastung (obj.): Wohnkostenanteil > 40% Äquivalenzeinkommens	567	6	36
Wohnproblem: Überbelag	630	7	20
Wohnproblem: Lärm	1,801	20	22
Wohnproblem: Feuchtigkeit/Schimmel	1,068	12	19

Quelle: EU-SILC 2024: Tabellen 2.3a; 3.2a; 3.4a; 5.3a; ; eigene Darstellung

Über die Expert:innen

Christoph Badelt ist emeritierter o. Univ Prof. für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien; gegenwärtig auch Präsident des Fiskalrats und des österreichischen Produktivitätsrats.

Email: christoph.badelt@wu.ac.at

Karin Heitzmann ist außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik und Leiterin des Forschungsinstituts Economics of Inequality (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Armut-, Sozialstaats- und Ungleichheitsforschung.

Email: karin.heitzmann@wu.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Anna Hasenauer

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 664 922 62 64

E: hasenauer@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an:
<https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>